

gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit. Sie bestätigten die historische Offensivposition der kommunistischen Bewegung. E. Honnecker bekräftigte auf der K. den Willen der SED, auch künftig alles zu tun, um einen aktiven Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der kommunistischen und Arbeiterparteien zu leisten. In Übereinstimmung mit der vom IX. Parteitag beschlossenen marxistisch-leninistischen Linie wird die SED stets brüderliche Solidarität mit dem Kampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen Europas üben und ihre auf den Positionen des proletarischen Internationalismus beruhenden Beziehungen zu den Bruderparteien weiter gestalten. Die SED wird die von der K. gestellten Aufgaben mit ganzer Kraft erfüllen.

Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas zu Fragen der europäischen Sicherheit, Karlovy Vary 1967: vom 24. bis 26. 4. 1967 durchgeführte Konferenz, an der Delegationen von 25 kommunistischen und Arbeiterparteien europäischer Länder teilnahmen. Die K. erörterte im Geiste des —► *proletarischen Internationalismus* in offener und breiter Diskussion die europäischen Probleme sowie die Maßnahmen, die zur Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit notwendig sind. Die von der K. angenommene Erklärung „Für den Frieden und die Sicherheit in Europa“ stellte ein gemeinsames Aktionsprogramm der sozialistischen Staaten und der kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas dar, das als Hauptziel die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa auf der Grundlage der Prinzipien der —► *friedlichen Koexistenz* beinhaltete. Die K. ging von der Einschätzung aus, daß auf Grund des wachsenden Einflusses der Kräfte des Friedens und des Sozialismus in Europa reale Möglichkeiten für die Ver-

wirklichung dieses Zieles bestehen. Der Kurs des USA-Imperialismus und seines Hauptverbündeten in Europa, des Imperialismus in der BRD, der ein ganzes Expansions- und Aggressionsprogramm umfaßte, in dessen Zusammenhang der BRD der Zugang zu atomaren Waffen geöffnet und Westberlin Bestandteil der BRD werden sollte, beschwor die Gefahr herauf, daß Europa jederzeit der Ausgangspunkt eines Weltkonfliktes werden könnte. Dem stellten die kommunistischen und Arbeiterparteien ihre gemeinsame, auf Entspannung, Sicherheit und Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten beider Gesellschaftssysteme gerichtete Politik entgegen. Die Erklärung der K. charakterisierte die reванchistische Politik der BRD als Bedrohung des Friedens und der Sicherheit ganz Europas. Sie forderte als Voraussetzung für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit: die Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa und insbesondere der Grenze an Oder und Neiße sowie der Grenze zwischen der DDR und der BRD; die Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter Staaten, der DDR und der BRD; die Verhinderung des Zutritts der BRD zu Kernwaffen in jeglicher Form; die Anerkennung, daß das —► *Münchener Abkommen 1938* vom Augenblick seines Abschlusses an ungültig ist. Die Erklärung würdigte die Friedenspolitik der DDR und erklärte die Anerkennung der DDR und die Verteidigung ihrer souveränen Rechte zu einer der Hauptfragen des Kampfes um die europäische Sicherheit. Auf der K. wurde unterstrichen, daß Westberlin nicht zum Territorium der BRD gehört und nicht gehören wird. Sie stellte der europäischen Arbeiterbewegung und allen an Frieden und Sicherheit interessierten Kräften weitere Ziele, z. B. die Forderung nach Annahme eines Kernwaffensperrvertrages, Abschluß eines Gewaltver-